



Vierteljähriger Abonnementssatz. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechshüftigen Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post- und Paket-Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 470. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 8. October 1878.

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.

7. Sitzung vom 7. October.

2½ Uhr. Am Tische des Bundesrates Hofmann, von Rostiz-Wallwitz und Andere. Fürst Bismarck ist im Hause anwesend, zeigt sich aber im Sitzungsraume nur zum Zweck einer Rücksprache mit dem Präsidenten des Reichskanzleramtes.

Präsident v. Borckenbeck hält dem Hause mit, daß der Abg. Freiherr v. Habermann am 23. September nach kurzem Krankenlager verstorben ist; die Mitglieder erheben sich zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Zwei Schreiben des Reichskanzlerstheilen mit, daß wegen der Aufhebung des Unterluchungsverfahrens gegen die Abg. Stöbel und Fritzsche das Nötigste veranlaßt sei. Ein ferner Schreiben des Reichskanzlers beantragt die Ermäßigung zur strafrechtlichen Verfolgung des "Bairischen Landboten" wegen Beleidigung des Reichstages.

Das Haus beschäftigt sich zunächst mit einer Reihe von Wahlprüfungen, über welche von den einzelnen Abteilungen mündlicher Bericht erstattet wird, und zwar handelt es sich um die Wahlen der Abg. von Müller (4. Wahlkreis Hannover), Dr. v. Schleidemann (1. Wahlkreis Gumbinnen), Dr. Gareis (3. Großherzogtum Hessen), Hermes (9. Potsdam), Graf von Sierakowski (5. Danzig), von Below (1. Köslin), Wiggers (6. Mecklenburg-Schwerin), Müller (7. Oppeln), in Bezug auf welche der Reichskanzler erachtet wird, über die in den einzelnen Protesten angeführten Unregelmäßigkeiten und Überschreitungen von Amtsbeschränkungen nähere Untersuchungen anzustellen und von dem Resultate des Reichstags-Mittheilung zu machen.

Die Wahlprüfungs-Commission macht dann zunächst davon Mittheilung, daß in Bezug auf die Wahl im ersten Erfurter Wahlkreise in der verlorenen Legislaturperiode ein vom Reichstage am 12. März 1878 gefasster Besluß wegen strafrechtlicher Untersuchung über den Kauf des Verkaufs eines Wahlkörpers nummehr durch eine Mittheilung des Reichskanzlers vom 9ten September c. erledigt sei. — Auf den Antrag der Wahlprüfungscommission werden dann die Wahlen der Abg. Berger, Dr. Maier (Hohenzollern), Käfer, Dr. Wehrenfennig und den Doornlaat-Koolman, in Bezug auf welche rechtzeitige Proteste eingegangen sind, für gültig erklärt, da die Protests keine Anlaß zu weiteren Beschlüssen des Reichstages nicht bieten.

In Bezug auf die Wahl des Abg. Bäsi, deren Gültigkeit ausgesprochen wird, beschließt das Haus ferner: den Reichskanzler unter Mittheilung des Protests und der Wahlacten zu ersuchen, über die in dem Proteste d. d. 18. August c. enthaltene Angabe, daß bei der Wahl zu Wiesheim 10 auf den Namen „v. Haas“ lautende Stimmen aus der Wahlurne herausgenommen und durch andere ersetzt worden seien.

In Bezug auf die Wahl des Abg. von Buitamer (Liegnitz) wird der Reichskanzler erachtet, zu veranlassen, daß der Wahlcommissar Landrat von Haußwitz zu Löwendorf darauf aufmerksam gemacht werde, daß es gemäß Wahlgesetz § 13 ein unrichtiges Verfahren sei, wenn der Wahlcommissar von den Wahlwählern für ungültig erklärte Stimmen als gültig annimme.

Die Wahl des Abg. von Schwender (erster Wahlkreis des Großherzogthums Sachsen-Weimar) wird für gültig erklärt und beschlossen, den Reichskanzler bei Mittheilung des Protestes zu ersuchen, die im Protest unter Beweis gestellte Behauptung, daß der Bürgermeister Münz in Kranichborn die Stimmzettel für Träger weggenommen und dem Ausgeber derselben mit Aretaten gedroht, auch erklärlich habe: Es dürfe in Kranichborn kein Anderer gewählt werden, als für den er die Stimmzettel bereits hätte, näher zu ermitteln und eventuell die geeignete Verfügung zu erwirken.

Auf der Tagesordnung steht noch ein Bericht der Wahlprüfungs-Commission, betreffend die Wahl des Abg. Graf Groote im 17. hannoverschen Wahlkreise. Auf den Antrag der Abg. Marquardsen wird derselbe von der Tagesordnung abgezogen, weil noch nachträglich ein Protest in Bezug auf diese Wahl eingegangen ist, d. r. in der Commission keine Berücksichtigung gefunden hat.

Schluss 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Wahl des Präsidiums und zweite Lesung des Socialistengesetzes.)

Berlin, 7. October. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs den ordentlichen Professor Dr. Alfred Voltmann zu Brag und den ordentlichen Professor Dr. Heinrich Nissen zu Göttingen zu ordentlichen Professoren in der philosophischen Facultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg zu ernennen geruht. Der ordentliche Professor Dr. Gussow ist aus der medicinischen Facultät und der außerordentliche Professor Dr. Faber Kraus aus der philosophischen Facultät derselben Universität ausgeschieden.

Se. Majestät der König hat den Bezirks-Verwaltungs-Gerichts-Director Siehr zu Gumbinnen zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abteilungs-Direxienten ernannt; dem Director der Francke'schen Stiftungen zu Berlin a. S. Professor Dr. Kramer, bei seinem Ausscheiden aus dem Amt den Charakter als Geheimer Regierungsrath und dem praktischen Arzt Dr. Gaul in Stolp den Charakter als Sanitätsrath verliehen; sowie die Wahl des Rectors der lateinischen Hauptschule und Condirectors dieser Stiftungen Dr. Adler zum Director der Francke'schen Stiftungen und des Gymnasial-Directors Dr. Fricke zu Rinteln zum Rector der lateinischen Hauptschule und Condirector der Stiftungen bestätigt.

Der bisherige Landbaumeister August Adolf Max Spitta ist zum königl. Bauinspector ernannt und als erster bautechnischer Hilfsarbeiter bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten angestellt worden. — Der Oberlehrer am Cadettenhause zu Brandenburg, Dr. Gruno, ist zum Rector der höheren Bürgerschule in Biederitz ernannt worden. — Der erste ordentliche Lehrer Dr. Carl Steiger am Realgymnasium zu Wiesbaden und der ordentliche Lehrer Meinede am Gymnasium zu Hamm sind zu Oberlehrern befördert worden. — Der ordentliche Lehrer Fischer am Gymnasium zu Schramm ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Gießen berufen worden.

Berlin, 7. Octbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] wohnten vorgestern mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden dem großen Armee-Zagdrennen in Iffezheim bei.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin traf später ebenfalls dort ein.

[Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin] stellte am Freitag Abend Se. Königliche Hoheit der Prinz Leopold von Bayern im Neuen Palais bei Potsdam einen Besuch ab. Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz nahm am Sonnabend im Laufe des Vormittags militärische Meldungen entgegen. — Ihre Kaiserliche Hoheit die Kronprinzessin empfing Nachmittags die Fürstin von Bismarck und deren Tochter, sowie den Legations-Sekretär Grafen Stanzau. — Gestern Vormittag wohnte Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz mit Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin, der Prinzessin Victoria und dem Prinzen Waldemar dem Gottesdienste in der Kirche in Bornstedt bei. Abends fuhren die Kronprinzhlichen Herrschaften nach Kiel, zum Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich, Höchstwelscherisch gestern an Bord S. M. S. „Prinz Adalbert“ begeben hat. Heute Abend treffen die höchsten Herrschaften wieder im Neuen Palais bei Potsdam ein.

(R.-Anz.)

= Berlin, 7. Oct. [Fractionssitzungen im Reichstag.] Die Fractionssitzungen im Reichstage, welche gestern Abend und heute Vormittag stattfanden,

beschäftigen sich zumeist mit den Wahlprüfungen, welche den Gegenstand der heutigen Plenarberathung bilden sollten. Es findet ausdrücklich am morgenden Tage keine Plenarsitzung statt, um den Tag für die Fractionssitzungen frei zu lassen. Das Centrum wird heute Abend zuerst an das Socialistengesetz herantreten und zwar unter Theilnahme seines Führers, des Abg. Windthorst (Meppen), der für heute Abend seine Ankunft gemeldet hat. Nur die nationalliberale Fraction hat sich heute Vormittag bereits mit dem Socialistengesetz zu beschäftigen begonnen; man ist indessen über die allgemeinen Erörterungen kaum hinausgekommen. Der Abgeordnete Lasker verteidigte warm und energisch seinen Standpunkt. Es scheint indessen nicht, daß derselbe auf eine große Unterstüzung innerhalb der Fraction zu rechnen haben wird, wenigstens machten sich vielfach entgegengesetzte Ansichten geltend. Die Frage der Zeitbauer wurde bereits besprochen und von vielen Seiten einer Frist von 5 Jahren das Wort geredet. Für möglichst weitgehende Concessonen an die Regierung soll u. A. der Abg. von Unruh (Magdeburg) plaudern haben. Er fand hierin Unterstützung seitens einiger Mitglieder der Fraction, die in Kleinstaaten gewählt worden. Der Abg. Dr. Gneist trat für Herstellung der Regierungsvorlage zu § 1 ein, verschaffte sich aber mit seinen Anträgen keine Geltung. Im Weiteren kam man dahin überein, die Beschlüsse zweiter Lesung als bindend zu erachten und keinesfalls die leichten für die dritte Lesung umzusuchen. § 1 wurde nach den Commissionsbeschlüssen angenommen. Jedenfalls werden von den Nationalliberalen als Fraction neue Amendements nicht eingebracht werden, dagegen liegt bereits jetzt zu § 20 (dem sogen. Belagerungszustands-Paragrafen) ein Antrag des Abg. Beseler vor. Derselbe will im Absatz 1 hinter den Worten: „Bedrohte sind“ (also wo es sich um augenblickliche Gefahr für Staat und Gesellschaft handelt) a. gesagt wissen: „Kann der Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats die folgenden Anordnungen für die Dauer von längstens einem Jahre treffen.“ b. Im Absatz 2 statt: „Rechtschafft geben“ zu setzen: „Mittheilung gemacht.“ c. Den Absatz 3 zu fassen: „Die getroffenen Anordnungen sind durch den Reichsanzeiger bekannt zu machen.“ Im Übrigen liegen weitere Amendements noch nicht vor, sind aber doch wohl von Seiten der Fractionen der Rechten zu erwarten. — Fürst Bismarck war während der heutigen Reichstagssitzung etwa eine halbe Stunde im Hause anwesend, im Saale erschien er nur auf wenige Minuten. Er verweilte in seinem Conferenzzimmer und hatte in demselben eine Unterredung mit dem Abg. von Bennigsen. — Am 21. d. Mts. wird die Normal-Eichungs-Commission zu einer zehntägigen Sitzung unter dem Vorsitz des Directors der Sternwarte, Professor Dr. Förster, zusammengetreten. Es handelt sich dabei um eine völlige Umarbeitung der Instruction für die Eichungsbeamten bezüglich einer seit längerer Zeit nothwendig erischienenen Vereinfachung dieser Instruction. Gleichzeitig wird die Commission voraussichtlich ein anderes sehr wichtiges Geschäft erledigen. Bekanntlich ist eine neue Bearbeitung der Maß- und Gewichtsordnung vorgenommen worden, um die hervorgetretenen Inconsequenzen der bisherigen Bestimmungen zu beseitigen. Diese Umarbeitung ist den Regierungen vorgelegt worden, und es steht zu erwarten, daß man deren Rückäußerungen jetzt zur Kenntnis nehmen wird. Bei dieser Gelegenheit sieht man dem Anschluß Bayerns an die übrigen Bundesstaaten und damit einer Ausgleichung des bisherigen Unterschiedes zwischen Nord- und Süddeutschland entgegen. Auch über die Eichung der Schankgefäß sind allgemeine Bestimmungen zu erwarten.

Berlin, 7. Octbr. [Die Situation vor der Plenarberathung des Socialistengesetzes.] — Der General-Procurator Schneegans und der Reichstag. — Bis zur Stunde haben die Verhandlungen der verschiedenen Fractionen des Reichstages noch wenig Klarheit über das Verhalten der Parteien zu den von der Commission beschlossenen Amendements gebracht. Selbst innerhalb der Oppositionsparteien will man nicht einzelne Bestimmungen der Regelungsvorlage, welche in der Commission eine wesentliche Verbesserung erhalten haben, geradezu ablehnen, wenn es auch wenig zweifelhaft ist, daß bei der Abstimmung über das Ganze des Gesetzes Ultramontane, Fortschrittliter, Polen, Eisäfer und einige „Wilde“ mit „Nein“ votieren werden. Anders verhält es sich innerhalb der nationalliberalen Partei. Dort hat sich in der heutigen Vormittagsitzung der Fraction, welcher heute Abend eine zweite folgen wird, der Wunsch zu erkennen gegeben, daß die von der Commission in zweiter Lesung angenommenen Beschlüsse als Norm für das Verhalten bei der zweiten Lesung im Plenum gelten mögen. Dies sollte aber nicht ausschließen, dort Aenderungen vorzunehmen, wo das Gesetz an dem Widerstande der Regierung scheitern könnte. Unzweifelhaft steht es fest, daß die große Mehrheit der nationalliberalen Partei entschlossen ist, ein Gesetz zu Stande zu bringen, weil der entgegengesetzte Fall in der gegenwärtigen Situation unmöglich sei. Die aus ihren Wahlkreisen zurückkehrenden nationalliberalen Abgeordneten betonen, wie sehr die Wählerschaft darauf bestrebt ist, das auf Kündigung zu erlassende Gesetz selbst mit denselben Bestimmungen anzunehmen, welche den Prinzipien der nationalliberalen Partei widerstreben. Die Abgeordneten müßten ihr Versprechen, welches sie bei der Wahl abgaben, gewissenhaft einlösen, im Vertrauen auf die Loyalität der Regierung, welche sich bei der Ausführung des Gesetzes streng innerhalb der Grenzen desselben zu halten verspricht. Indessen geht die Fraction der nationalliberalen Partei in manchen ihrer Elemente nicht auf diese Auffassung so sehr ein, daß sie darüber die praktischen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren würde. So hat sich in ihrer heutigen Fractionssitzung eine lebhafte Discussion über die Bestimmungen betrifft der Genossenschaftsklassen erhoben. Der Commissionsbeschuß, welcher bekanntlich mit 10 gegen 10 Stimmen die liberalen Amendements verwarf, wird sedemals im Plenum Gegenstand einer sehr eingehenden Debatte sein, weil die nationalliberale Partei ihre Commissionsanträge aufrecht zu erhalten gedenkt. Außerdem ist es zweifellos, daß der Abg. Schulze-Delitzsch, von zahlreichen Mitgliedern aller Fractionen unterstützt, weitergehende Anträge einbringen wird, die heute Abend Gegenstand der Verhandlungen der Fraction der Fortschrittpartei sein werden. Beiläufig möchten wir hier bemerken, daß der Abg. Schulze-Delitzsch, der seinen 70. Geburtstag im vergangenen Sommer unter gesättigten Gesundheitsverhältnissen feierte, jetzt vollständig wiederhergestellt ist und in der Plenarverhandlung das Wort ergreifen wird.

Man hofft selbst unter conservativen Abgeordneten, daß die Regierung betreffs der registrierten Genossenschaften solche Amendements schließlich annehmen werde, welche Cautelen gegen die mögliche Ausnutzung durch socialdemokratische Speculation schaffen. Beißiglich einer 2½-jährigen Fristbestimmung sollen in bundesräthlichen Kreisen heute nicht mehr so schroffe Ansichten obwalten, als noch vor wenigen Tagen behauptet wurde. Unterstützt wird diese Auffassung durch die nunmehr im Commissionsbericht vorliegende Erklärung des Minister Grafen Gulenburg. Derselbe sagte, die Regierung wünsche, daß der Zeitpunkt baldigst erreicht werde, an welchem die verbündeten Regierungen in freier Vereinbarung mit dem Reichstage die Wiederherstellung des Gesetzes beschließen könnten. Fürst Bismarck, der heute im Ministerzimmer des Reichstages mit einigen ihm nahestehenden Mitgliedern des Hauses consererte, scheint in die beiden Paragraphen über die Controlinstanz das Schwergewicht des Gesetzes zu legen. Daß die Debatten in der zweiten und dritten Lesung ungewöhnlich aufgeregt sein werden, steht außer Zweifel. Gewisse Institutionen auf Schlusshandlungen, die gestellt werden sollen, um einigen Rednern das Wort abzuschneiden, finden keine Zustimmung unter den ausgeschlagenden Parteien. Deshalb ist die Annahme gewagt, daß die beiden Lesungen schon am Schlusse dieser Woche beendet sein werden. Dies kann allenfalls von der zweiten Lesung gelten, während die dritte nicht vor dem 16. d. Mts. zum Abschluß gelangen dürfte. — In parlamentarischen Kreisen ist man sehr ungehalten über einen schlecht motivierten Angriff, welchen einer der höchsten Beamten des Reichslandes bei offizieller Veranlassung gegen den Reichstag gerichtet hat. In der Rede, mit welcher der Kaiserliche General-Procurator Schneegans am 3. October die Arbeiten des Appellationsgerichts zu Colmar für das Justizjahr 1878/79 in üblicher Weise eröffnet hat, ist Bezug genommen auf die beiden freierlichen Aktionen gegen das Leben des Kaisers, für welche die Schuld der Socialdemokratie aufgebürdet wird, die man zu lange habe, unzugeigt fortwährend lassen. Dann aber wird fortgesetzt: „Namentlich scheint auch der Reichstag darin gefehlt zu haben, daß er nicht sofort nach dem ersten Angriff auf Se. Majestät seine Zustimmung zu den vorgeschlagenen Maßregeln gegeben hat.“ Wie wir hören, wird bei den Debatten der zweiten Berathung über das Socialistengesetz von elßässischer Seite Gelegenheit genommen werden, diesen Vorwurf zurückzuweisen.

[Der Jahres-Bericht für 1877 über die auf Selbsthilfe gründeten Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften von Dr. H. Schulze-Delitzsch] weist wiederum eine erfreuliche Fortentwicklung des deutschen Genossenschaftswesens auch in dem durch den orientalischen Krieg für die gewerblichen Verhältnisse noch ungünstiger als ohnehin durch die andauernde Krise gestalteten Jahre 1877 nach.

Zum ersten Male beschränkt sich der Bericht auf die Genossenschaften des Deutschen Reiches und liest sich im Verlaufe dieser gegen 1878 ein geringer Zuwachs konstatiren. Es ergaben sich nämlich

1793	1827
600	622
633	624
54	50

Sa. 3080 3123 Genossenschaften.

Der Bericht schätzt hiernach den wirklichen Bestand auf 3200—3300 und geht auf die von ca. 1200 derselben abgedruckten Rechnungsabschlüsse, ihren Verkehr auf mindestens

2200 Millionen Mark gemachte Geschäfte, 150—180 Geschäftsantheile und 400—410 verjünglich aufgenommene fremde Gelder.

Wie aus vorliegenden Zahlen hervorgeht, sind die Creditgenossenschaften die bei weitem zahlreichste Klasse der Genossenschaften und wie ferner der II. Abjchnitt des „Fahrsberichts“ und die dazu gehörigen Beilagen nachweisen, haben sie sich auch am stärksten an der Statistik beteiligt und sind in ihrer geschäftlichen Entwicklung am weitesten vorgeschritten. Von 929 Vorschütt- und Creditverhältnissen führt der Bericht die Abschlüsse auf, wos nach dieselben Ende 1877 488,652 Mitglieder, 93,635,583 M. Geschäftsanteile, 12,065,410 M. Reserven und 351,019,103 M. Anlehen, Spar-einlagen und Bankkredite hatten. Die mit diesem Betriebskapital in 1877 gewährten Credits betrugen 1,55,402,483 M.

Das Verhältnis des eigenen zum fremden Capital ist 31,54 p.C., fast 2 p.C. günstiger als 1876, welches Ergebnis allerdings meist den württembergischen Abschlüssen zu verdanken ist, die Dank der Mitwirkung der württembergischen Regierung diesmal in großer Zahl veröffentlicht werden konnten. Gleichwohl ist das Bestreben bei den Vereinen unverkennbar, durch Vergrößerung des eigenen Capitals und Abhaltung eines übermäßigen Zuflusses von fremdem Capital auf eine Verbesserung des Verhältnisses des eigenen zum fremden Capital und damit auf eine immer solidere Fundirung ihrer Geschäfte hinzuwirken.

Sowohl der Anwaltschaft darüber Material vorlag, werden dann die ihr bekannt gewordenen 5 Concurse, darunter namentlich der des Rosswiner Vorschüttvereins, und 14 Liquidationen in ihren Ursachen näher besprochen. Wie früher, sind auch jetzt die Concurse und Liquidationen meist auf den Vertrauensdienst der Mitglieder gegenüber den Vorständen und die ungenügende Kontrolle seitens der Anwaltsräthe zurückzuführen. Diesen traurigen Vorläufen stehen mehrere andere Beispiele, sowie schon 1876 das der Vereine in Osthofen und Wiesloch, jetzt das der Vereine Grasdorf und Beelendorf, und vor allen des Freiberger Dorfesdorfer Vereins gegenüber, wo die von großen Verlusten getroffenen Vereine sich gleichwohl erhalten und nach Deckung der Verluste, auf gesunder Grundlage reorganisiert, ihre Thatigkeit mit den besten Ausichten fortgesetzt haben.

Auch die Statistik über die Veränderungen im Mitgliederbestande und über die Eintheilung der Mitglieder nach Berufsklassen zeigt die Bewegung als forschreitend und einströmend eben so sehr die Phrase der Anhänger von Rasse, daß die Schulze'schen Vorschüttvereine für die Landwirte nicht geeignet seien, als die Phrasen der Socialisten, daß die „Arbeiter“ keinen Vorteil von ihrer Mitgliedschaft dort zu erwarten hätten. Denn es bildeten die Landwirte mit 79,556 Mitgliedern bei 753 Vereinen 22,5 p.C. der ganzen Mitgliedschaft, die unselbstständigen Arbeiter mit 38,135 Mitgliedern 10,7 p.C. derselben.

Unter den Genossenschaften in einzelnen Gewerbszweigen haben namentlich die landwirtschaftlichen Werkgenossenschaften einen bedeutenden Zuwachs erhalten, während die anderen hierher gehörigen Arten von Genossenschaften in ihrem Bestande fast unverändert geblieben sind. Daß trotz der schon mehrere Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Krisis die Zahl der Liquidationen namentlich unter den Produziergenossenschaften nicht größer ist, hebt der Bericht mit Anerkennung hervor.

nicht erwartet. Aber auch sie stellt noch nicht den ganzen Vertheil dar, denn die Mitgliedschaft gewährt; denn außerdem, erhielten die Mitglieder in 125,000 M. Sämen auf Geschäftsanhänger, die eine für so kleine Beiträge hohe Vergütung, und, was besonders wichtig ist, sie erhielten für ihr Geld gute und vollständige Ware.

Für Bildungs Zwecke haben die Vereine aus dem Reingewinn 24,943 M. bewilligt. Die Mitgliederstatistik ergibt nur geringe Veränderungen gegen das Vorjahr. Die Arbeiter im engeren Sinne waren mit 42,425 Personen (49,2 v. d. ganzen Mitgliedschaft) beteiligt. Zum ersten Mal ist auch eine Verwaltungsförmige Statistik der Consumvereine (von 143 derselben) beigegeben, die eine große Mannigfaltigkeit in den bezüglichen Einrichtungen beweist.

Im letzten Abschnitt, der die Baugenossenschaften behandelt, ist der Liquidation des Insterburger Baubevölkerung besonders gedacht, vorzugsweise darauf zurückzuführen ist, daß die Geschäftsanhänger der Mitglieder in Grundbesitz festgelegt worden waren, woraus sie nicht zurückgezogen werden konnten, als zahlreiche Kündigungen der Mitgliedschaft erfolgten. Außerdem zeigen die Abschlüsse von 6 dieser Genossenschaften eine nicht ungünstige Entwicklung vorher, wenn auch nach Befestigung des Wohnungsmangels die Bautätigkeit dieser Genossenschaften nothwendig eine Einschränkung erfahren hat.

[Die Frage der Behandlung der Genossenschaften in dem Socialistengesetz] wird in dem von dem Abg. v. Schwarze erstatteten Commissionsbericht wie folgt erörtert: Für die Anträge der Subcommission erklärten sich die Regierungsvertreter, während in der Commission selbst gegen sie nur insoweit ein Widerspruch erhoben wurde, als dieselben auch auf die „eingetragenen Genossenschaften“ und „registrierten Gesellschaften“ Anwendung finden sollen, denn nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Juli 1868 § 35 seien diese Genossenschaften bereits unter besondere staatliche Aufsicht gestellt und ihre Auflösung durch das Gericht vorgeschrieben, sobald die Genossenschaft andere, als die in dem Gesetz (§ 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolge. Auch habe thatsächlich in das deutsche Genossenschaftswesen keine verberbliche politische Tendenz sich eingeschlichen. Dagegen sei von der Stellung der Genossenschaften unter dieses Gesetz eine schwere Gefährdung derselben zu befürchten. In Betreff der „eingeschriebenen Kassen“ sei es nicht nötig, in dem Falle, daß die Controle sich als unzulänglich erweise, mit einem Verboe nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfs einzuschreiten, sondern es genüge für den beabsichtigten Zweck vollständig, wenn in diesem Falle die Schließung der Kasse und die Liquidation des Vermögens nach der Vorschrift, welche in dem Gesetz vom 7ten April 1876 (über eingeschriebene Hilfsklassen) für den gleichartigen Fall einer Schließung durch die Behörde enthalten sei, angeordnet werde. Ein Gleches sei für die eingetragenen Genossenschaften, dafern sie unter dieses Gesetz gestellt würden, nach der entsprechenden Vorschrift des Genossenschaftsgesetzes zu bestimmen. Gegen die demgemäß gestellten Anträge wurde geltend gemacht, daß die hier fraglichen Fälle keineswegs durch das angezogene Gesetz gedeckt würden. Denn das Letztere beschränke die Gültigkeit der Auflösung auf die Contrabvention gegen die in § 1 aufgeführten geschäftlichen Zwecke. Es sei aber nicht zu beweisen, daß derartige Verbindungen zu sozialdemokratischen Ausschreitungen gemischaucht werden können, ohne daß eine solche Contrabvention begangen werde. So könnten Vereine zur Anfertigung von Gegenständen und zum Verkaufe der gefertigten Gegenstände auf gemeinschaftliche Rechnung (§ 1 Nr. 4 des Gesetzes) gebildet werden, um Waffen zu unerlaubtem Gebrauche zu fertigen und zu liefern. Weiter sei das in dem angezogenen Gesetze vorgeschriebene Verfahren mit dem System des vorliegenden Entwurfs unvereinbar.

Bei Adoption derselben würde in dem einen Falle der Richter, in dem andern die Polizeibehörde ausschließlich zuständig sein, jenachdem die Contrabvention in der einen oder der anderen Form aufgetreten sei. Endlich würde von einer Seite geltend gemacht, daß mit dem Antrage die Position der gedachten Genossenschaften verschlechtert werde. Denn, indem man dieselben nach dem Antrage von der Anwendung der vorgeschlagenen Bestimmungen ausschließe, stelle man sie unbedingt unter die allgemeine Regel des § 1. Zeigten sich daher in der Genossenschaft Bestrebungen der erwähnten Art, so würde gegen sie das allgemeine Verbot des § 1 wirksam, ohne daß der Genossenschaft die in § 1a zugestiehene, günstigere Behandlung zu Theil werde. Gegen diesen Einwand replizirte der Antragsteller, daß er die genannten Genossenschaften überhaupt nicht unter die Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs subsumirt habe. Da jedoch die gegenwärtige Meinung in der Commission Vertretung finde, stelle er den Antrag: „Auf eingetragene Genossenschaften und registrierte Gesellschaften findet der § 1 keine Anwendung.“ Die Erörterung dieser Materie führte zu der allgemeinen Frage, ob überhaupt jeder Verein und jede Genossenschaft ohne Unterschied ihres kundgegebenen Zwecks, sonach selbst Acliengesellschaften und offene Handelsgesellschaften, unter das Gesetz zu stellen sei, sobald die Voraussetzungen, wie sie in § 1 näher bezeichnet sind, existent werden? Diese Frage wurde von den Regierungsvertretern, wie von der Mehrheit der Commission bejaht. Der Entwurf habe bereits durch die ganz allgemeine, irgend einen Unterschied nicht andeutende Bestimmung in § 1 Abs. 2 für die Bejahung sich ausgesprochen. Ferner werde die Bejahung durch materielle Gründe gerechtfertigt. Es sei zu erwarten, daß die sozialdemokratische Agitation sich in diesenigen Vereine zurückziehen werde, deren Verfaßung und Zweckbestimmung zunächst nicht unter die Bestimmung des § 1 fallen. Durch eine derartige Manipulation würde das Gesetz umgangen und das Verbot illusorisch gemacht werden können. Daher müsse man alle Formen der Vereinigung ins Auge fassen und das Verbot gegen sie wirksam werden lassen, sobald die Voraussetzungen derselben zu Tage treten. Endlich liege es selbst im Interesse der Vereine, daß durch eine Fürsorge der vorgeschlagenen Art das Eindringen von Elementen abgewendet werde, welche den eigentlichen Zweck des Vereins und hiermit dessen Existenz gefährden. Ueber das von der Subcommission vorgeschlagene Verfahren selbst ist noch Folgendes zu bemerken: Die Vorschläge wollen auch in denjenigen Fällen, in denen den bestreiteten Art vorstehen, nicht sofort die Anordnung des § 1 anwenden, sondern den Versuch anstellen, durch außerordentliche staatliche Controle die Verbindungen für ihre erlaubten Zwecke zu erhalten. Dieses Verfahren soll nicht blos bei den nach Maßgabe des citirten Gesetzes bestehenden Verbindungen, sondern auch bei allen anderen, wesentlich auf gegenseitige Unterstützung berechneten Kassenvereinen angewendet werden. Die Wirkungen der außerordentlichen Controle selbst sind den Bestimmungen der oben citirten Gesetze vom Jahre 1868 und 1876 entnommen. Keineswegs ist hierbei beachtigt, daß sie alle gleichzeitig zur Anwendung kommen sollen; vielmehr soll dies nur insoweit geschehen, als sie zur Erreichung des Zwecks selbst nötig sind. Sbeno soll nicht jede Zwiderhandlung gegen die angeordneten Controldmaßregeln mit dem sofortigen Verbot geahndet werden, sondern nur dann, wenn es sich zeigt, daß die Controle ihren Zweck zu erreichen nicht im Stande ist. Aus diesem Grunde ist das Verbot nur facultativ vorgeschrieben worden.

[Der allgemeine Parteitag der deutschen Fortschrittspartei in Berlin] wird Sonntag, den 10. oder Sonntag, den 17. November, beginnen — je nach der früheren oder späteren Berufung des preußischen Abgeordnetenhauses. Am Abend vorher wird zur Bedeutung der Auswärtigen eine Vorversammlung abgehalten. Die Plenarsitzungen über Programm und Organisation der Partei finden Sonntag, Montag und eventuell Dienstag Vormittag statt. — Für Sonntag Abend ist eine große Versammlung der Berliner Parteigenossen, für Montag ein Festessen zu 500 Couverts in Aussicht genommen. Am Dienstag Nachmittag soll ein Ausflug in die Umgegend den Beschluß des offiziellen Parteitages machen. Ein besonderes Comitee hat die Leitung der geselligen Vereinigungen während des Parteitages und unmittelbar nach demselben in die Hand genommen. Der Besuch des Parteitages verspricht sehr zahlreich zu werden, namenlich auch Seltens früherer Abgeordneten der Partei, sowie aus Wahlkreisen, welche zur Zeit im Reichstag oder Landtag nicht durch Mitglieder der Fortschrittspartei vertreten sind.

Kiel, 7. Oct. [Empfang des Kronprinzen.] Der „N. A. Z.“ wird von hier, Vormittag 10 Uhr 10 Minuten, telegraphiert:

Ihre Kaiserl. und Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind hier eingetroffen und geleitet soeben unter enthusiastischen Zurufen des zahlreich versammelten Publikums und dem donnernden Salut sämtlicher im Hafen liegender Kriegsschiffe den Prinzen Heinrich an Bord der Corvette „Prinz Adalbert.“ Das Wetter ist prachtvoll.

Straßburg, 4. Octbr. [Einstellung von Geistlichen zum Militärdienst] Vor einigen Tagen machten wir, wie sich der Leser erinnern wird, nach dem „Els. Journ.“ Mitteilung von einer Petition des protestantischen Consistoriums zu Wiesloch, in welcher

der Wunsch ausgesprochen wird, daß die protestantischen Geistlichen nur in dringenden Fällen zur Militärschule herangezogen und dann zu Almosenierdiensten, sei es in Regimentern, sei es in Lazaretten, temporär verwendet werden möchten, wie es jetzt bei den katholischen der Fall ist. Die offiziöse Antwort hierauf, welche sich jetzt in der „Straß. Ztg.“ findet, erklärt es für unrichtig, daß die protestantischen jungen Geistlichen sämlich zur Ableistung des einjährigen Militärdienstes herangezogen werden, während die katholischen Geistlichkeit in dieser Hinsicht frei ausgehe. In einzelnen Fällen seien zwar katholische Geistliche auf dem vorgeschriebenen Wege von Ableistung des aktiven Militärdienstes ausnahmsweise befreit resp. zurückgestellt worden, eine generelle Begünstigung der katholischen Geistlichkeit kann indessen hieraus nicht gefolgert werden, und ist auch durch das Reichsmilitärgesetz selbst ausgeschlossen. Nach Mitteilungen verschiedener Blätter ist sogar eben wieder eine ganze Reihe junger katholischer Geistlicher ins Militär eingestellt worden.

D e s t r e i c h .

Bien, 7. Oktbr. [Hadschi Loja.] Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Führer des bosnischen Aufstandes, Hadschi Loja, gefangen genommen wurde. Das „Fr. Bl.“ schreibt darüber:

Unserem Hauptquartier in Serajewo war schon seit Wochen der Aufenthalt Hadschi Loja's bekannt. Am 27. August kamen Landleute nach der bosnischen Hauptstadt, um hier die Angelegenheit zu erstatzen, daß Hadschi Loja, welcher sich mit 500 Mann auf der Romana Planina herumgetrieben hatte, etwa 8 Stunden von Serajewo entfernt, in einem Heuschober sein Logis aufgeschlagen hatte. Da man, um zu seinem Versteck zu gelangen, zwei insurgierte Ortschaften passieren mußte, hielt man es seinerzeit im Hauptquartier nicht für angezeigt, die Spur weiter zu verfolgen. Am 21. September traf im Konal in Serajewo ein Bauer aus Glazinac ein und mache in der Generalstabs-Abtheilung folgende Eröffnungen: Als General-Major Kopfinger seine Reconnoisirung in der Richtung von Gorazda vornehm (24. August), war Hadschi Loja im Dorfe Mjesics in der Romana Planina versteckt. Davor wußten der Ortsvorstand von Glazinac, Marinlo, ein Griechisch-Oriental und warb Leute um sich, welche den Banditen einfangen sollten. Als dies in Mjesics bekannt geworden, haben die dortigen Serben den Hadschi Loja, welcher schwer krank ist und sich ohne Hilfe nicht weiter bewegen kann, nach dem den Bergs Sverics gehörigen Meierhofe Odjak unweit von Gorazda getragen, wo er sich aufhält. Hadschi Loja durfte hier auch am 2. October vom Oberleutnant Stipetic eingefangen worden sein, da Rogatiza nach derselben Richtung gelegen ist.

Hadschi Loja war am linken Fuße verwundet; ob er sich selbst einen Schuß gegeben oder von unseren Kugeln getroffen wurde, ist nicht festgestellt. Thatsache ist, daß er nach dem Geschehe bei Han Belalovac von seinen Freunden vom Platz geschafft wurde. Nur hier allein zeigte sich Hadschi Loja auf dem Kampfplatz, sonst blieb er zu Hause in Serajewo und leitete die Fäden der Revolution. Hadschi Loja war ein Dorfwisch und stets einigen Goldstücken mehr zugänglich als guten Worten. Er hat unserer General-Confidé so manchen Ducaten geliefert; übrigens war er so freundlich für die letzten 20 Ducaten, welche er von Herrn v. Watzsch erhalten hat, diesem auf seiner Flucht nach Mostar das Geleite bis zur großen Brücke zu geben. Die Insurgenten-Borysten wollten damals die österreichischen Flüchtlinge unter Führung des Herrn General-Confidé nicht passieren lassen, aber auf Hadschi Loja's Wort war die Bahn frei. Damals waren die Köpfe der Österreicher in Serajewo sehr feil und wurden nur für fünf Pfaster ausgerufen. Aber eines muß man dem Feindel nachsagen, daß es ihnen weniger um die Köpfe als um das Geld zu thun war und daß sie sich stets abfinden ließen.

Hadschi Loja ist, wie jeder türkische Mönch, mit einem Turban und dem Kastan gelaedet; er ist bereits nahe an die 60 Jahre alt, seine Gesichtszüge sollen sogar einige Gutmäßigkeit verrathen; übrigens hat er in der letzten Zeit vor dem Einmarsch unserer Truppen sehr häufig die räudigen Kötter vor der Begode Djamic mit Brot gefüllt — und das thun gewöhnlich die Türken, wenn sie einen unangenehmen Traum gehabt haben. In Serajewo wird Hadschi Loja vor das Standgericht, welchem der Major-Auditor Burian vorsteht, gebracht werden.“

Pest, 6. Oktbr. [Zur Ministerkrisis.] Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht heute ein kaiserliches Handschreiben, mittelst dessen Koloman Szell seines Postens als Finanzminister entthoben und gleichzeitig aufgefordert wird, die Geschäfte seines Ressorts „bis zur anderweitigen Entschließung Sr. Majestät“ provisorisch weiter zu führen. Ferner publiziert das Amtsblatt eine kaiserliche Entschließung, wonach die Demission des ungarischen Gesamt-Cabinetts angenommen, zugleich aber versucht wird, daß die einzelnen Minister „bis zur Ernennung ihrer Nachfolger“ ihre bisherige Amtswirksamkeit fortsetzen. Der Unterschied in der Stilistik der beiden kaiserlichen Handschreiben hat nach dem „Pester Lloyd“ darin seine Begründung, daß die andern Minister in ihren bisherigen Funktionen noch vor dem Reichstage erscheinen werden, während Szell sein Portefeuille schon in den nächsten Tagen an den Minister-Präsidenten abgibt, welcher die laufenden Agenden dieses Ressorts durch den Staatssekretär Stellovertreter Paul v. Madarassy unter seiner (des Minister-Präsidenten) Signatur besorgen lassen wird. Mit der Annahme des Demissionsgesuches des Cabinets Tisza hat die ungarische Ministerkrise einen gewissen provisorischen Abschluß gefunden. Der Kaiser hat die Rathschläge Szlavay's acceptirt. Es wird nicht ein neues ungarisches Ministerium ernannt, bevor nicht der ungarische Reichstag sein Verdict über die Politik des Herrn v. Tisza gefällt. Dadurch ist der Krise der streng parlamentarische Charakter gewahrt worden.

F r a n c e i c h .

Paris, 4. Oktbr. [Ministerkrisis.] Clericales. — Ministerielle Vorlagen für die nächste Parlamentssession.

Zu den Wahlen. — Moulins. — Magne.] In Ermangelung anderer politischer Neigkeiten muß der gesetzige Ministerconseil den Blättern noch Stoff liefern. Man weiß nicht genau, was darin vorgegangen; den Vermuthungen ist daher ein weites Feld geöffnet. Ein Journal will sogar wissen, daß die Minister sich bloss versammelt hätten (Mac Mahon wohnte, wie gemeldet, dem Conseil nicht bei, da er sich in la Forêt aufhält), um sich vertraulich über eine bedeutliche Angelegenheit zu besprechen. Die Haltung des Marschalls erweckte nämlich in ihnen die Furcht vor einem neuen 16. Mai. Der ministerielle „National“ gibt sich heute Abend die Mühe, diese Nachricht zu dementiren. Im Übrigen stimmen die zuverlässigsten Berichte über die gestrigen Verhandlungen mit dem über ein, was hier schon erzählt worden. Die große Frage der nächsten Zukunft, die Wahl der neuen Senatoren scheint die Regierung vorzugsweise zu beschäftigen; aber es werden noch einige Tage vergehen, ehe das Amtsblatt den Termin der ersten dabei erforderlichen Operation, die Ernennung der Delegirten in den Gemeinderäthen, ankündigt. Daß man den 24. October wählen könnte, ist nicht mehr anzunehmen. Das Decret mußte spätestens am Sonntag veröffentlicht werden; aber der nächste Ministerkrisis, in welchem der definitive Beschluß gefaßt werden soll, ist auf Dienstag verschoben worden, da Mac Mahon am Sonntag einer Hochzeitsfeier beiwohnt. — Der „Français“ leugnet, daß die Clerico-Monarchisten ihren Feldzug in der neuen Session mit einer Interpellation über die religiösen Conflicte der letzten Monate eröffnen wollen. Aber man ist nicht gewohnt, auf die Dementie des „Français“ großen Wert zu legen. Die Regierung wird sich übrigens nicht den Anschein geben, dieser Interpellation eine Wichtigkeit beizulegen, die sie nicht hat, und man ist wie es heißt, schon übereingekommen, daß nicht der Conseilpräsident Dufaure, sondern der Unterrichtsminister Bardoux den Angriff der Clericalen abschlagen wird. Im Laufe dieser Ferien soll die Regierung eine häbche Anzahl offizieller

Beweissstücke für die Amtmäßigkeit des Clerus in seinen Beziehungen zu den Präfecten u. s. w. gesammelt haben. — Unter den Gesetzesvorschlägen, welche die Regierung bei Eröffnung der Session den Kammer vorlegen wird, sind einige von nicht-politischem Interesse, aber um so größerer sozialer Bedeutung: So will Dufaure die Abschaffung der öffentlichen Hinrichtungen, und wenn wir der „Liberté“ glauben, auch die Wiedereinführung der Scheidung verlangen. Der letztere Vorschlag namlich, der schon so lange von allen aufgeklärten Schriftstellern in Frankreich vergebens angestrebt wird, dürfte im reaktionären Lager einen gewaltigen Lärm hervorrufen. Die politischen Vorschläge sind sehr manngsächer Art; Bardoux bringt unter andern einen Antrag ein, welcher endlich den Schulzwang zur Wahrheit machen soll. — Die antirepublikanischen Wähler in Moulins haben ihren Kandidaten für die Wahl vom 13. Oct. schon wieder verloren; der ehemalige Deputirte Méplain, dem sie ein Mandat anbieten, hat ihnen geantwortet, daß er auf die parlamentarischen Ehren verzichte. — Der Senator Magne, ehemaliger Finanzminister des Kaiserreichs, ist wieder sehr bedenklich erkrankt und seine Freunde zweifeln an seinem Wiederaufkommen.

Paris, 5. October. [Angeblicher Zwiespalt zwischen den Republikanern.] Der Staat und die Secundärbahnen. — de la Forge. — Midhat Pascha. — Die antirepublikanischen Blätter geben sich unsägliche Mühe, den Beweis zu liefern, daß innerhalb der republikanischen Partei ein Zwist ausgetragen, der in der bevorstehenden Session zu einem Brüche zwischen den Gemäßigten und dem Ministerium einerseits und der großen Masse der Majorität unter der Leitung Gambetta führen müsse. Ein solchen Beweis hat man z. B. in der Haltung der „Debats“ finden wollen. Die „Debats“ spendeten jüngst dem Arbeitsminister de Freycinet großes Lob, um der versöhnllichen Reden willen, die er bei seiner letzten Rundreise gehalten, und in diesem Lobe hat man einen indirekten Angriff gegen das von Gambetta in Romans dargelegte Programm suchen wollen. Die „Debats“ selber erklärten sich hierüber heute wie folgt: „Gewisse Journale behaupten, daß wir den Arbeitsminister in formellen Widerspruch mit Gambetta gebracht und beglückwünschen uns dazu, daß wir den letzteren verurtheilt haben, um dem ersten Beifall zu rufen. Wenn man sie hört, könnte man glauben, wer zwei Reden vergleicht und die Eigenschaften hervorhebt, welche sie auszeichnen, stelle sie nothwendig in Gegensatz zu einander. Das ist nicht unsere Meinung und solches war nicht unsere Absicht. Man hat sich mit einer zweifelhaften Aufrichtigkeit bemüht, aus der Rede Gambettas eine gewisse Zahl von Sätzen heranzuziehen, welche ohne die vorhergehenden oder nachfolgenden Erklärungen in der That einige Unruhe einschöpfen könnte. Wir haben unsere Vorbehalte zu diesen Sätzen gemacht, aber diese Vorbehalte haben wir fast wörtlich der Rede Gambettas selbst entlehnt. Indem der Redner von Romans sein Programm entwickelte, hegte er nicht die Annahme, dasselbe Femandem aufzudringen. Er hatte eine gewisse Zahl von Fragen aufgestellt, weniger, um sie auf der Stelle zu lösen, als um sie der Kritik zu überliefern und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie zu lenken. Man wird sich einigen, wir zweifeln nicht daran, und wir hoffen übrigens, daß die Initiative der Regierung dazu beträgt, die noch ein wenig vorworrenen Ideen zu bestätigen und die Eintracht zwischen den verschiedenen Fraktionen der republikanischen Partei aufrecht zu halten. Unsere Gegner thun also sehr wohl daran, daß sie gegenwärtig sich über die Uneinigkeit im republikanischen Lager freuen, denn später wird ihnen die Freude wahrscheinlich verdorben werden. In den republikanischen Kundgebungen der letzten Zeit giebt es kein Anzeichen einer wesentlichen Meinungsverschiedenheit, und wir sehen folglich für eine nahe Zukunft kein Symptom jenes großen republikanischen Schismas, das beständig prophezeit wird und Gott sei Dank immer in die Ferne rückt.“ So die „Debats.“ Mit den erwähnten Bemühungen der Reactionären hängt auch eine Nachricht zusammen, die der „Figaro“ heute mit wichtiger Macht giebt. Er stellt darin den Conseilpräsidenten Dufaure gewissermaßen als den letzten Vertheidiger des bedrohten Gesellschaft hin und erzählt, daß niemals Dufaure von Seiten seiner Collegen, selbst derjenigen, die ihm vor den Fertig nicht günstig waren, so große Aufmerksamkeiten erwiesen worden, wie gegenwärtig. Was den Marschall Mac Mahon angeht, so verdoppelt derselbe seine Achtungsbeweisungen für Dufaure und erschien sogar entschlossen, selbst seine Entlassung zu geben, wenn Dufaure sich bewogen fände, aus der Regierung auszusteigen; was unvermeidlich der Fall wäre, wenn die Mehrheit das Principe der Unabhängigkeit der Richter anstatten wollte. — Es ist in den letzten Tagen von gewissen Verträgen des Arbeitsministers mit den großen Eisenbahngesellschaften befußt Aufführung neuer Eisenbahnenlinien, an dieser Stelle die Rede gewesen. Aus dem Umstande, daß de Freycinet sich für Wirklichung seiner Baulinie an die großen Compagnien wendet und aus einigen anderen Umständen, auf welche hier einzugehen uns zu weit führen würde, hat man vielfach geschlossen, daß der Staat auch die kürzlich von ihm erworbenen Secundärbahnen an eine der großen Compagnien, die Orleans-Compagnie abtreten werde, und die Gegner der Regierung machen sich lustig darüber, daß de Freycinet den kaum übernommenen Betrieb für Rechnung des Staates schon wieder aufgeben müsse, und daß das mit so großem Lärm ins Werk gesetzte Experiment bereits fehlgeschlagen sei. Die „République française“ erhebt sich mit großer Entrüstung gegen dieartige Gerüchte und Behauptungen. Sie ist in der Lage, zu versichern, daß der Betrieb der Secundärbahnen durch den Staat trotz der unzureichenden Chicane, welche die großen Bahncompagnien diesen Secundärbahnen machen, bereits jetzt sehr günstige Resultate gezeigt habe, und daß schon bedeutende Ersparnisse erzielt worden. Die armen, kleinen vom Staat übernommenen Bahnstrecken, die bisher immer im Deficit geblieben, werden in diesem Jahre, so behauptet das Gambetta'sche Blatt, per Kilometer mehr als 9000 Francs einbringen, bei 6000 Francs Kosten; sie werden also im Durchschnitt einen Gewinn von 3000 Fr. per Kilometer erzielen. Das gibt im Ganzen einen Gewinn von mehreren Millionen für die kleinen Bahnen, welche die Orleans-Compagnie nur gegen einen bedeutenden Zufluß von Seiten des Staates übernehmen wollte. Dieses Ergebnis ist jedenfalls glänzend zu nennen, vorausgesetzt, daß die Bissens der „République“ sich als richtig erweisen. Indessen bleibt doch zu erwägen, ob nicht die Frequenz der kleinen Bahnen in diesem Jahre ausnahmsweise durch den großen Verkehr, welchen die Ausstellung herbeigesetzt hat, ein wenig befördert worden ist. Wie diese Frequenz auf den Verkehr der großen Bahnen, die in Paris münden, wirkte, mag man aus folgenden Ziffern ersehen. Vom 1. Januar bis 11. August (also der stärkste Ausstellungsmontag) kommt noch nicht in Betracht) fuhren von Paris ab mit der Ostbahn 2,900,000 Personen, mit der Nordbahn 2,065,000 Pers., mit der Lyoner Bahn 1,254,000 Pers., mit der Orleansbahn 1,069,000 Pers., mit der Westbahn 6,762,000 Pers. Es kamen in Paris an mit der Ostbahn 2,695,000 Pers., mit der Nordbahn 2,017,000 Pers., mit der Lyoner Bahn 1,205,000 Pers., mit der Orleansbahn 1,234,000 Pers., mit der Westbahn 6,669,000 Pers. Rechnet man hierzu die Frequenz auf der Pariser Gürtelbahn mit 3,464,000 Pers., so ergibt sich eine Gesamtziffer von 31,342,000 Pers. Im Ausstellungsjahr

1867 war die entsprechende Summe 12,901,000. — Der Director der Präfektur im Ministerium des Innern, Anatole de la Forge, macht eine Reise nach Italien (er wird nächsten Mittwoch abreisen), um dort einige Freunde zu besuchen. Unterwegs wird er in Marseille bei einem Banquette, welches die Redacteure der dortigen republikanischen Blätter ihm geben, eine Rede über die Rolle und über die Behandlung der Presse halten. — Midhat Pascha hat ein Telegramm an die „Debats“ geschickt, worin er auf's Entschiedenste in Abrede stellt, daß er bei der englischen Regierung einer Abreitung Creas an Griechenland das Wort geredet habe.

B e l g i e n .

Brüssel, 29. Septbr. [Clericales.] „Die clericalen Organe Belgens sind“, so schreibt die „Tribune“, „sehr aufgeregzt und erzählt über das Vorgehen des Unterrichtsministers gegen einen ultramontanen Schul-Director. Die ganze Affaire liefert eine Probe von der Indolenz, in die hinein der Ultramontanismus geräth, wenn er freie Bahn für seine Bestrebungen hat. In Namur existirt eine Mittelschule, deren Director seit einigen Jahren ein Herr Lejeune war. Dieser Schulmann, vom Staate angestellt, um eine öffentliche Unterrichtsanstalt zu leiten, ist Vater mehrerer Kinder. Er schickte dieselben aber nicht in die von ihm geleitete Schule, das erlaubten ihm seine ultramontanen Ansichten nicht, sondern in eine unter Aufsicht von Jesuiten stehende Anstalt. Damit aber noch nicht genug, hatte der ehrenwerthe Beamte und Schulmann an eine Anzahl Familien in Namur folgendes Circular gesandt:

Niemand kann besser über den Werth der Schule, deren Director zu sein ich die Ehre habe, urtheilen als ich selbst. Ich kann Sie nun versichern, und fürchte nicht, demenirt zu werden, daß der Unterricht dort mittelmäßig, die Disciplin gleich Null ist und daß dort täglich die ärgerlichsten Dinge vorkommen. Ich ersuche also die Väter und Mütter, meinem Beispiel zu folgen und ihre Kinder zu den hochwürdigen Patres der Gesellschaft Jesu zu leiden.

Diese sonderbaren Zustände dauerten so lange wie das clericalen Ministerium; der neue Unterrichtsminister, Herr van Humberg, ersuchte den originellen Director, sich in's Privatleben zurückzuziehen. Darüber sind nun die clericalen Organe Belgens äußerst aufgebracht und reden von diocletianischer Verfolgung u. Das liberale Ministerium aber läßt sich nicht im geringsten durch solche Ausbrüche ohnmächtiger Wuth auf seinem Wege betören.“

S p a n i e n .

Madrid, 2. Oktbr. [Reisen des Königs. — Die Cortes. — Der Herzog von Montpensier. — Gesundheitszustand der Hauptstadt.] König Alfonso, schreibt man der „K. Ztg.“, hat Madrid heute Nachmittag mit einem Gefolge von mehreren Offizieren verlassen, um eine militärische Rundreise durch verschiedene Provinzen zu machen. Er wird zuerst die Truppen in Avila, Valladolid und Burgos besuchen, dann für die Dauer einer Woche den Mandatarien des unter General Quesada in der Provinz Avila stehenden Armeecorps bewohnen, auf der Rückkehr die Garnisonen von Pamplona, Saragossa und Guadalajara besichtigen und am 25. October wieder in Madrid eintreffen. (Nach französischen Berichten zu schließen, würde er in sein Programm auch eine Reise nach Paris einfließen.) — Die Cortes treten am 30. October zusammen. Wahrend der Reise des Königs bleiben die Prinzessin von Asturien und der Ministerpräsident in Madrid zurück. Der Herzog von Montpensier gedenkt noch 10 Tage hier zu verweilen und wird sich dann nach Sevilla begeben, wo er den Winter über bleibt. Seine ursprüngliche Absicht, denselben in Italien zuzubringen, hat er aufgegeben. — Der Gesundheitszustand der Hauptstadt ist keineswegs befriedigend. In den Blättern wurde sogar berichtet, daß im Hospital 3 Fälle gelben Fiebers beobachtet worden seien. Zwar hat das Gesundheitsamt bekannt gemacht, es fehlten durchaus die Kennzeichen jener furchtbaren Krankheit; doch sind Maßregeln ergriffen worden, um überhaupt der Verbreitung von Seuchen entgegenzuwirken.

Provinzial - Zeitung.

H. Breslau, 7. October. [Fortschritts-Verein.] Unter dieser Bezeichnung hat sich, wie bereits kurz mitgetheilt worden, hierzußt für die Reichstagswahlbezirke 1 bis 8, Westen der Stadt Breslau, ein Verein gebildet zum Zwecke, die Grundsätze der deutschen Fortschrittspartei gemäß dem Programm dieser Partei vom 9. Juni 1861, im Volle zu verbreiten. Zur Erfüllung dieses Zweckes sollen regelmäßige Versammlungen abgehalten werden, in welchen über Beiträge Vorträge gehalten werden, an die sich eine Besprechung anschließen kann. Die erste dieser Versammlungen fand am Sonnabend im Locale der Restauration von Suhr (Sonnenstraße 4) statt und war von etwa 50—60 Personen besucht. In derselben wurde zunächst Mittheilung über die erfolgte Konstituierung des Vorstandes gemacht, danach sind gewählt worden: Kaufmann Dr. Oehlisch zum Vorstand, Particular Dr. Jund zum Stellvertreter des Vorsitzenden, Buchhalter L. Bruck zum Schriftführer, C. Kimpler zum Stellvertreter des Schriftführers, Kaufmann P. Grosser zum Kassirer, Stellmacher H. Weiß zum Stellvertreter des Kassirers und die Herren Maurer- und Zimmermeister F. W. Hanisch, Tischlermeister H. Großmann und Tischlermeister Fr. Oberbein zu Beisitzern. — Demnächst thalte der Vorsitzende mit, daß dem Vorstande des Wahlvereins der Fortschrittspartei hierzulst, sodann der „Parlamentarischen Correspondenz“ in Berlin und den Redaktionen der „Breslauer Zeitung“ und „Breslauer Morgenzeitung“ vor der erfolgten Konstituierung des Vereins Mittheilung gemacht werden sei. — Hierauf hielt Herr Prediger Reichenbach einen bestätiglich aufgenommenen Vortrag „über wahre und falschen Patriotismus“, nach dessen Beendigung die bevorstehenden Stadtvorordnetenwahlen resp. die Frage zur Bevölkerung gelangen, ob der junge Verein bezüglich derselben sich den betreffenden Bevölkerungsvereinen oder selbstständig vorgehen solle. Das letztere wurde sehr warm von dem Vorstandsmitgliede Kimpler befürwortet, der den stellvertretenden Beisitzern, Particular Jund, zum Kandidaten für den 29. Bezirk empfahl. Auch Schlossermeister Liebermann plaidirte für ein selbstständiges Vorgehen, während Herr Cuhnow eindringlich gegen ein Einigreisen in die Wahlagitation seitens des noch zu jungen Vereins überhaupt sprach und die Herren Grosser, Tropowitz und Bruck den Anschluß an die Bevölkerungsvereine befürworteten. Schließlich wurde auf Antrag des Herrn Bruck beschlossen, den Vorstand durch 5 Mitglieder zu verstärken und diesem Comite den Auftrag zu ertheilen, sich mit den verschiedenen in Frage kommenden Bevölkerungsvereinen wegen Nominierung von Kandidaten in Verbindung zu setzen. Zu Mitgliedern des Comites wurden ernannt die Herren Liebermann, Tischler, Wittenberg, Halßpap und H. Botenberg.

* Breslau, 7. Oct. [Der schlesische Centralverein zum Schub der Thiere] feierte am vergangenen Sonnabend in der Restauration (Neue Gasse) sein 27jähriges Stiftungsfest. Unter dem Vorz. des Departements-Thierarztes Dr. Ulrich fand zunächst eine geschäftliche Sitzung statt, zuge folgt die Thierschau, welche über das Thema: „Welche Vor einem interessanter Vortrag vor allen übrigen Vereinsangelegenheiten?“ führte. Hierauf gab der Kassirer des Vereins, Spediteur die Ausgabe auf 886 M., so daß ein Bestand von 594 M. verbleibt. Die geschäftlichen Souper eröffnete Herr Dr. Ulrich die Reihe der Toaste mit einem dreifachen Höch auf Se. Majestät den Kaiser. Die weiteren Toaste mit den Gästen, die Damen, den Vorständen, den Verein und seine Vorstände, mitglieder, sowie ein heiteres Festfest bothen während der allen Ansprüchen das Fest.

A. F. Breslau, 7. October. [Der Handwerkerverein] eröffnete am Sonnabend die geselligen Abende der Winteraison im neu renovirten Springer'schen Saale mit der Aufführung des 4actigen Schauspiels „Preciosa“, einem Untertheil, das immerhin einer gewissen Beachtung wert ist, wenn es hier, von einer Anzahl, zum Teil den Handwerkerkreisen angehöriger

Dilettantenkräfte in durchaus wilder Weise zur Ausführung gebracht wird. Die Ehre unter Leitung des Herrn Buße, von Herrn Musikkirector Lüchner am Piano accompagniert, waren sorgfältig studirt und sandten in dem circa 28 Mitglieder starken Sängersonschaft des Vereins eine angemessene Repräsentation; auch die Garderoben, welche der Anzahl des Herrn Schlüter erheblich waren und das scénische Arrangement ließen, wenn man die beschränkten Bühnenverhältnisse in Betracht zieht, nichts zu wünschen übrig.

Der lebhafte Besuch, welchen die zahlreich versammelten Zuschauer nach Schluss des Stückes spendeten, galt nicht nur den Darstellern, sondern auch dem Vorsitzenden der Vergnügungs-Commission, Herrn Uliz, welcher sich in dankenswerther Weise der leidenschaftlichen Inszenirung und Regie des Stückes unterzogen hatte.

Breslau, 8. Oktbr. Angelommen: Se. Excell. Baron v. Edesparre-Olbrück, Landmarschall, nebst Frau aus Böhmen. Ihre Excellenz Gräfin v. Beust aus Böhmen. Se. Durdl. Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, laiferl. deutscher Botschafter aus Paris.

[Zur Umstempelung der Spieltarten.] Die Zeitungen haben sich in letzter Zeit vielfach mit der vor dem 1. Januar 1879 zu bewirkenden Umstempelung der Spieltarten, auch der im Privatbesitz befindlichen, beschäftigt, unter Hinweis darauf, daß von jenem Termin an nur mit dem Reichsstempel verschene Spieltarten gebraucht werden dürfen. Zur Richtigstellung der betreffenden Anzüge theilt das „Reg. Stattbl.“ mit, daß im Anschluß an § 24 des betr. Gesetzes eine Verfügung des Provinzial-Siever-Directors ergangen ist, wonach die angeordnete Nachstempelung mit landesgetypischen Stempelzeichen bereits vorhergehender Spieltarten in Preußen nur beständig der im Besitz von Kartenspielkarten und Kartenhändlern, sowie von Inhabern öffentlicher Locale befindlichen Spieltarten stattfinden wird.

[Zur Schachthausfrage an der russisch-österreichischen Grenze.] Es ist nunmehr anzunehmen, daß in nicht zu ferner Zeit die Erbauung von großen Schachthäusern in der Nähe von den beiden benachbarten Grenzen zur Aussicht gelangen wird. Nach der „Östsee-Ztg.“ hat sich eine Fleischtransport-Gesellschaft gebildet, welche zunächst in Myslowitz ein großes Schachthaus errichten will, falls der Import von Myslowitz aus Österreich zur Abschlachtung freigegeben wird. Von Myslowitz aus beabsichtigt die Gesellschaft das ausgeschlagene Fleisch in Fleischtransportwagen besonderer Construction nicht nur nach Breslau und Berlin, sondern selbst nach Paris zu senden. Ein Probe-Wagon mit 261 geschlachteten Hammeln ist bereits am 28. September von Myslowitz nach Berlin abgegangen.

[Zur Jagd.] Nach den Bestimmungen des Gesetzes für die Schönzeit des Wildes vom 26. Februar 1870 dürfen in diesem Monat geschossen werden: Elchwild, männliches Roth- und Damwild, Rehbock, der Dachs, Auer, Birk- und Hafelwild, Fasanen, Enten, Trappen, Schneepfe, Sunp- und Wasserböck, Rehbock, Rehbock, Wachteln und Hasen. Außerdem vom 15. October ab weibliches Roth- und Damwild, Wildschäfer und Ricken. Dagegen sind mit der Jagd zu verschonen: Rehälber.

[Aus dem Riesengebirge] meldet man: „Auf den gemelbten zeitigen Schneefall ist berliches Herbstwetter gefolgt. Zwar sind auf dem Riesentann und in den Abgründen noch Schne-Ueberreste vorhanden; aber höchstens werden ihnen die noch recht warmen Herbststage den Garaus bereiten, so daß sie wohl schwerlich die Anturst neuer Wintergäste erleben werden.“

[Notizen aus der Provinz.] * Grünberg. Bei dem andauernd sonnigen Wetter geht der Wein mit schnellen Schritten der vollen Reife entgegen; dem entsprechend wird auch der Versand unserer Ausschnittsraubwaren schon ein recht belebter; derselbe ist bereits bei dem hiesigen Postamt auf über 400 Kisten pro Tag gestiegen.

+ Beuthen O.S. Die „Oberl. Grenzztg.“ meldet: Am Sonnabend, Nachmittag gegen 4 Uhr wollten die bei dem Kanalbau beschäftigten Arbeiter das bei der 2. Abtheilung des hiesigen Königl. Kreisgerichts angestaute Wasser etwas ablassen, doch war der Druck des Wassers ein so großer, daß es den Damm wegriss und sich mit Heftigkeit in den Kanal ergoß, in der Nähe des Poitels durch das dafelbst befindliche Reinigungsrohr hervorquoll und sich über den Boulevard ergoß. Leider aber drangen die Wassermassen, ehe der Damm wieder hergestellt werden konnte, in die Kellerräume des Hotels ein, wodurch namentlich Tabak, welche in einem der Kellerräume lagerten, gelitten haben sollen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph-Bureau)

Köln, 7. Oktbr. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Wien: Karlsbad über gab heute dem auswärtigen Amte ein Rundschreiben der Pforte. In demselben spricht die Pforte den Wunsch aus, mit Österreich in freundlichaften Beziehungen zu bleiben, sie lehnt aber unter Hinweis auf das Verfahren der österreichischen Truppen in den occupirten Provinzen den Abschluß einer Convention ab.

Wien, 7. Oktbr. Meldungen der „Polit. Corresp.“ Aus Konstantinopel: Da der Sultan auf seiner Reise, die Ernährung, die Erhaltung zum Abschluß der Convention mit Österreich zu ertheilen, verharrt, ist leichter als aufgegeben zu betrachten. Nichtsdestoweniger ist es Thatsache, daß die Pforte das größte Gewicht auf die Erhaltung guten Einvernehmens und ungetrübter Beziehungen zu Österreich-Ungarn legt. — Die Pforte hat Tahr Pascha zum Commissar für die bulgarische und Vacha Pascha zum Commissar für die serbische Delimitationscommission ernannt. Letztere Ernennung schenkt erst erfolgt zu sein, nachdem Fürst Milan telegraphisch bei dem Sultan unter dem Ausdruck des aufrichtigen Wunsches für die Wiederherstellung der Freundschaft dieselbe urgierte. — Die türkisch-serbische Grenzregulirungs-Commission ist vorgezogen zusammengetreten. — Feridun Bey ist zum Generalconsul in Bukarest ernannt worden. — Aus Belgrad: Senator Crisics ist zum Ministerresidenten bei der Pforte ernannt worden. Fürst Milan beschloß angeblich auf den Rath Russlands bei der Neubildung des Cabinets conservative Elemente in dafelbst zu ziehen.

Wien, 7. Oktbr. Die „Amtszeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben vom 7. October an den Fürsten Auersperg, welches die Demission des östrelithanischen Gesamtministerrates unter der Anerkennung seiner treuen eifrigsten Dienste annimmt und die Minister beauftragt, bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Amtsführung fortzuführen.

Haag, 7. Oktbr. Der Kriegsminister Deros ist heute gestorben.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau)

Paris, 7. Oktbr. Seitens der Alliance israélite universelle wird die Nachricht demenirt, die russische Regierung sei mit ihr wegen Besserung des Loses der Juden in Russland in Verbindung getreten.

London, 7. Oktbr. Der Befehlshaber der englischen Truppen im Transvaalgebiet hat neue und bedeutende Verstärkungen regulirer Truppen verlangt. Telegramme aus Südafrika besagen, daß die Kaffern sich so tapfer schlagen, daß die dortigen Freiwilligen vollkommen demoralisirt geworden seien.

Chatham, 7. Oktbr. In hiesigen militärischen Kreisen glaubt man, es werde demnächst das 30. Regiment und das 2. Bataillon des 5. Füsilier-Regiments nach Indien geschickt werden.

Glasgow, 7. October. Der Sturm gegen die Directoren der bankerottten City Bank of Glasgow ist derart angewachsen, daß der Strafrichter den Fall wird in Untersuchung ziehen. Es ist erwiesen, daß alle Directoren mit Ausnahme eines einzigen, ungeheure Summen der Bank entliehen haben, mithin ihre Vertrauensstellung zum eigenen Vortheil verwerteten. Die ebenfalls fallire Firma Smith Flemming & Co. empfing allen 3,900,000 Pf. St. von der Bank, J. Morton 1,900,000 Pf. St., James Wright 500,000 Pf. St., William Scott 153,000 Pf. St., W. Tailor 170,000 Pf. St. u. (Es sind dies die Directoren der Bank). Das Eisengeschäft ist in Schottland vollkommen in's Stocken gerathen. Es schwelen Verhandlungen mit der Bank von Schottland und anderen schottischen Banken, die darauf abzielen, den Depositaren bis zu 50 Prozent ihrer bei der

Glasgower Bank deponirten Capitalen auszuzahlen. Nichtsdestoweniger haben schon mehrere große Firmen fallt. Am meisten hat Douglas gelitten, wo fast alle wohlhabenden Einwohner ihre Capitalen bei der Bank von Mono — die als Filiale der Glasgower Bank fungirte — deponirt hatten.

Konstantinopel, 7. Oktbr. Es wird hier beweiselt, daß die türkische Regierung die Erlaubnis zum Einlaufen englischer Kriegsschiffe in den Golf von Bolo, um dem angeblich dort herrschenden Seerauber-Unwesen ein Ende zu machen, ertheilen wird. Es verlautet, Mr. Layard habe diese Erlaubnis bereits nachgesucht.

Berlin, 7. Oktbr. [Börse.] Der gefürchtete Privatverlehr trug eine feste Bphysiognomie, blieb indessen fast ganz geschäftlos. Creditactien 394,50 bis 396—394—397—396, Franzosen 440—441, Lombarden 121,50, 1860er Loosen 106,50, österr. Papierrente 52,25, do. Goldrente 61,75, ungar. Goldrente 72,10—72, Italiener 72,50, Türk. 11,25, Sproc. Russen 80—79,90, russische Noten pr. ult. 204, Rumänen 32,75—32,60, Köln-Mindener Bank 105,75, Bergisch-Märkische Bahn 78,40, Rheinische Bahn 108,75, Disconto-Commandit-Anteile 130,50—130,75—130,50, Laurahütte 72.

Weiter in den Courses noch in der Tendenz nach das heutige Geschäft vom gefürchteten Privatverlehr ab. Die Stimmung war fest, aber die Umsätze blieben des heutigen israelitischen Feiertags wegen innerhalb ganz minimaler Grenzen. Selbst die internationalen Speculationspapiere waren vollständig vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen blieben wegen großer Geschäftsstille fast ganz unverändert auf ihrem bisherigen Courses-Niveau. Von den localen Speculations-Effecten zeichneten sich Disconto-Commandit-Anteile durch eine feste Haltung aus, doch beteiligten sich dieselben ebenfalls nur sehr wenig am Verkehr. Laura-Aktionen hatten mit fester Tendenz eröffnet, erwarteten später jedoch. Die auswärtigen Staatspapiere zeigten sämtlich eine kleine Besserung in den Notirungen durch, erfuhr jedoch indes nur ganz unbedeutende Umsätze. Russische Wertpapiere gingen verhältnismäßig rege um. Russische Noten pr. ult. 203,25—204, pr. November 205, December 205%. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Ebenso verhielten sich Eisenbahnprioritäten oder Gattungen sehr ruhig. Auf dem Eisenbahnmarkte stagnierte der Verkehr fast gänzlich, besonders waren schwere Bahnen vernachlässigt, von leichteren Aktionen gingen Berlin-Dresden, Nahebahn und Weimar-Gera etwas lebhafter um. Ostpreußische Südbahn matt und angeboten in Folge der 150,000 Mark betragenden Minden-Ginnahme pr. September. Bank-Aktionen sehr ruhig, aber im Allgemeinen fest. Deutsche Bank hat verhältnismäßig rege Umfänge aufzuweisen und zog im Course etwas an. Börsen-Händelsverein steigend, Posener Provinzialbank niedriger, Braunschweiger Hypothekenbank gedrückt. Industriepapiere meist ganz geschäftlos. Große Pierdebahnen-Prioritäten beliebt und steigend, Glazier-Baderfabrik böhme etwas am Course ein, Sachsen-Wettbewerb und Polpi u. Schläfer besser. Leopoldshall befreite die Notiz, Magdeburg verlor kontinuierlich zug etwas an, Görlitzer Eisenbahnbedarf und Linde-Wagenbau höher.

Um 2% Uhr: Schluß sehr still. Credit 396,—, Lombarden 120,50, Franzosen 446,50, Disconto-Commandit 130,75, Italiener 72,60, 1860er Loosen —, Österreicherische Goldrente 62,—, do. Silberrente —, do. Papierrente 52,50, Ung. Goldrente —, Sproc. Russen 80,10, Köln-Mindener 105,75, Rheinische 108,75, Bergisch-Märkische 78,25, Rumänen 32,75, Galizier —, Russische Noten 204,—, Reichsbank —, Laurahütte —, Türk. —.

Telegraphische Courses und Börsen-Nachrichten, Frankfurt a. M., 7. Oktbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Schluß-Courses.) Londoner Wechsel 20,465. Pariser Wechsel 80,90. Wiener Wechsel 173,40. Böhmisches Westbahn 140%. Elisabethbahn 139%. Saliziens 199%. Franzosen 219. Lombarden 60%. Nordwestbahn —. Silberrente 53%. Bavarien 52%. Goldrente 62% ungar. Goldrente 72%. Italiener —. Russ. Bodencreis 73%. Russen 1872 80%. Neue russische Anleihe 79,1%. Amerikaner 1885 99%. 1860er Loof 106%. 1864er Loof 257,50. Creditactien 195%. Öster. Nationalbank 685,50. Darmstadt 116%. Meininger Bank 79. Hessische Ludwigsbahn 72%. Ungarische Staatsloose 148,50. do. Schatzanweisungen, alte 102%. do. Schatzanweisungen, neue, —. do. Ostbahn-Obligationen 64. Central-Pacific —. Reichsbank 155%. Deutsche Reichsbahn-Gold-Brioritäten —. Schwedische Blandbriefe —. Privat-Disconi —. Prozent —. Geschäftlos.

Hamburg, 7. October, Nachmittags. [Schluß-Courses.] Hamburg Et. 116 Silberrente 54, Goldrente 62%. Credit-Aktionen 198%. 1860er Loof 106%, Franzosen 551, Lombarden 151. Italien. Renten —. Neuere Russen 80. Vereinsb. 122%. Laurahütte 72. Commerzbank 102. Norddeutsche 139%. Anglo-deutsche 33%. Internationale Bank 84%. Amerikaner 1855 97%. Köln-Minden. Si.-A. 105%. Rhein. Eisenb. do. 108%. Berg. Markt. do. 78%. Disconto 4% —. Fest, aber geschäftlos.

Hamburg, 7. O

47 Mark. weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 45—58—64 Mark. hofsteiner über Notiz.
Lympothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.
Mehl ohne Rendierung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50—28,50 Mark. Roggen fein 19,25—20,25 Mark. Hauboden 18,50—19,50 Mark. Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Mark. Weizenkleie 7,20—8,00 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.
Roggenstroh 20,00—22,00 Mark pr. Schod à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 7. October 1878.

Fonds- und Gold-Courses.

	Amsterdam	London	T. 21/2	168,10	bz G
Gesonderte Anleihe.	100 FL.	100 FL.	100 FL.	168,05	bz
do. do. 1875	104,70	do.	104,70	168,05	bz
do. do.	96,00	do.	96,00	26,265	bz
Staats-Anleihe.	95,50	1 Lstr.	95,50	95,95	bz
Staats-Schuldscheine	92,40	Paris 100 Frs.	92,40	92,35	bz
Präm.-Anleihe v. 1855	114,75	Petersburg 100 SR.	114,75	102,75	bz
Barlener Stadt-Oblig.	102,30	Warschau 100 SR.	102,30	102,75	bz
Barlener	101,50	Wien 100 FL.	101,50	173,10	bz
Pommersche	84,40	do. do.	84,40	171,80	bz
do. do.	95,00	do. do.	95,00	171,80	bz
do. do.	102,40	do. do.	102,40	171,80	bz

Wechsel-Courses.

	Amsterdam	London	T. 21/2	168,10	bz G
do. do.	104,70	1 Lstr.	104,70	168,05	bz
do. do.	96,00	Paris 100 Frs.	96,00	26,265	bz
do. do.	95,50	Petersburg 100 SR.	95,50	92,35	bz
do. do.	114,75	Warschau 100 SR.	114,75	102,75	bz
do. do.	102,30	Wien 100 FL.	102,30	173,10	bz
do. do.	101,50	do. do.	101,50	171,80	bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien

	Divid. pro	1878	1877/12	14,90	bz
Aachen-Maastricht.	1	1	4	14,90	bz
Berg. Märkische.	23/4	31/2	4	28,25	bz
Berlin-Anhalt.	6	6	6	62,00	bz
Berlin-Dresden.	6	6	6	19,40	bz
Berlin-Görlitz.	6	6	6	13,25	bz
Berlin-Hamburg.	11	11 1/2	4	198,90	bz
Berl.-Potsd.-Magd.	32/3	31/2	4	51,00	bz
Berl.-Stettin.	39/10	71/10	4	114,00	bz
Bohm. Westbahn.	5	5	5	70,75	bz
Breslau-Franck.	5	5	5	63,50	bz
Cöln-Minden.	51/20	6	6	106,75	bz
Dux-Bodenbach.	7	9	4	16,10	bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	100,25	bz
Halle-Sorau-Gub.	9	9	4	12,25	bz
Hannover-Altenb.	8	8	4	12,25	bz
Kronpr. Rudolfs.	4	4	5	44,10	bz
Ludwigs.-Exb.	5	5	5	51,80	bz
Märk.-Posener.	6	6	6	17,50	bz
Magdebg.-Halberst.	8	8	6	128,70	bz
Mainz-Ludwigs.	8	8	6	72,25	bz
Niederschl.-Mark.	4	4	6	96,25	bz
Oberschl. A.C.D.E.	29/20	31/2	127,50	bz	
Oesterr.-Fr. St. M.	81/2	81/2	129,25	bz	
Oest. Nordwestb.	5	6	6	44,00	40,50
Oest. Süd. (Lomb.)	4,15	5	5	193,50	bz
Ostpreuss. Süd.	9	9	4	12,50	bz
Rechte-O.-U.-B.	6	6	6	39,80	bz
Rothenburg-Pard.	4	4	6	106,60	bz
Rheinische	7	7	4	35,60	edbz
do. Lit. B. 65 M. pr. 100 Kilo Netto incl. Faz. bez.	7	7	4	18,75	bz
Rhein.-Nah.-Bahn.	0	0	4	93,40	bz
Rumän. Eisenbahn.	1	2	4	32,75	bz
Schweiz-Westbahn.	0	0	4	12,00	bz
Stargard - Posener.	41/2	41/2	4	109,50	bz
Thüringer Lit. & Co.	32/4	71/8	4	117,00	bz
Warschau-Wien.	5	5	4	176,25	bz

Hypotheken-Certifikate.

	1878	1879	1880	1881	1882
Engl. Partial-Ob.	108,30	108,30	108,30	108,30	108,30
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp. B.	27,00	27,00	27,00	27,00	27,00
do. do.	102,00	102,00	102,00	102,00	102,00
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	95,00	95,00	95,00	95,00	95,00
do. do.	100,50	100,50	100,50	100,50	100,50
Königr. Cent.-Bod.-Or.	101,00	101,00	101,00	101,00	101,00
Unkund. do. (1872)	102,28	102,28	102,28	102,28	102,28
do. Rackzb. a 110	107,25	107,25	107,25	107,25	107,25
do. do.	98,75	98,75	98,75	98,75	98,75
Unk. H. d. Pr. Bd.-Ord. B.	—	—	—	—	—
III. Em. do.	161,00	161,00	161,00	161,00	161,00
Gündb. Hyp.-Schuld.	5	5	5	5	5
Hyp.-Anth. Nord.-G.-C.-B.	24,00	24,00	24,00	24,00	24,00
do. Pfandbr.	5	5	5	5	5
Fomm. Hyp.-Briefe.	97,00	97,00	97,00	97,00	97,00
do. do. II. Em.	92,63	92,63	92,63	92,63	92,63
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	107,90	107,90	107,90	107,90	107,90
do. II. Em.	106,00	106,00	106,00	106,00	106,00
do. 50, Pfd. ksl. m. 110	100,50	100,50	100,50	100,50	100,50
Meiningers Präm.-Pfd.	32,75	32,75	32,75	32,75	32,75
Oest. Silberpand.	—	—	—	—	—
do. Hyp.-Ord.-Pfd.	—	—	—	—	—
Pfd. d. Oest. Bd.-Cr.-G.	—	—	—	—	—
Mähr. Bodenr.-Pfd.	99,00	99,00	99,00	99,00	99,00
do. do.	104,50	104,50	104,50	104,50	104,50
Südd. Bod.-Ord.-Pfd.	102,70	102,70	102,70	102,70	102,70
do. do. 41/2%	98,70	98,70	98,70	98,70	98,70

Ausländische Fonds.

	1/4,1/10	4/15	51/20	51/20	51/20
do. Goldrente.	54,20	54,20	54,20	54,20	54,20
do. Papierrente.	62,60	62,60	62,60	62,60	62,60
do. Bär. Präm.-Anl.	53,00	53,00	53,00	53,00	53,00
do. Löfft.-Anl. v. 80.	5	5	5	5	5
do. Credit-Loose . . .	22,25	22,25	22,25	22,25	22,25
do. Bär. Loose	25,50	25,50	25,50	25,50	25,50
do. 1866	148,30	148,30	148,30	148,30	148,30
do. Bär. Präm.-Anl. v. 80.	146,30	146,30	146,30	146,30	146,30
do. Bär. Präm.-Anl. v. 80.	148,30	148,30	148,30	148,30	148,30
do. Bär. Präm.-Anl. v. 80.	148,30	148,30	148,30	148,30	148,30
do. Bär. Präm.-Anl. v. 80.	148,30	148,30	148,30	148,30	148,30
do. Bär. Präm.-Anl. v. 80.	148,30	148,30	148,30	148,30	148,30
do. Bär. Präm					